

mittleren Altersklasse nannten 40 Prozent als wichtigsten Grund für ihren Entscheid den drohenden Abbau der sozialen Leistungen der Kirchen (HK, Juni 1995, 290–293); aber nur 12 Prozent von ihnen sind mit der Kirche zufrieden.

Es besteht Reformbedarf

Ohne die Gründe dieser Unzufriedenheit im einzelnen und genau zu kennen, kann aufgrund des Abstimmungskampfes aber doch gesagt werden, daß dazu der Reformbedarf im Kirche-Staat-Verhältnis gehört. Der Überprüfung bedürfen namentlich die staatlichen kirchenbeiträge aufgrund der sogenannten historischen Rechtstitel, die Kirchensteuerpflicht juristischer Personen (ohne Austrittsmöglichkeit) und der Ausschluß vergleichbarer Religionsgemeinschaften von der Anerkennung. Die historisch-rechtlich begründeten Staatsbeiträge an die evangelisch-reformierte Kirche erreichten 1994 fast 45 Mio. Franken, jene an die römisch-katholische Körperschaft gut 8 Mio. Franken. Die Leistungen an die evangelisch-reformierte Kirche sind hauptsächlich Beiträge zur Pfarrerehtlohnung. Als problematisch wurden diese nicht zuletzt deshalb empfunden, weil ihre Ausrichtung an den staatlichen Beamtengehältern zu den höchsten Pfarrer- und Pfarrerehterinnenlöhnen der Welt geführt hat.

Die bereits 1977 versprochene Entflechtung von Kirche und Staat impliziert wohl eine zeitgemäße Ablösung dieser historisch begründeten Verpflichtungen, obwohl dies für die Kirchen gegenüber dem heutigen Zustand eine finanzielle Einbuße zur Folge haben wird. Bei der Kirchensteuerpflicht juristischer Personen – die von einem Bundesgerichtsentscheid geschützt wird – könnte eine größere Gerechtigkeit gegenüber anderen Religionsgemeinschaften sowie Trägerschaften sozialer und kultureller Tätigkeiten von öffentlichem Interesse durch eine Systemänderung erreicht werden: für diese Steuerpflichtigen könnte bei-

spielsweise ein Wechsel zur Mandatssteuer geprüft werden.

Die öffentlichrechtliche Anerkennung weiterer Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften schließlich läge für jene, die nicht grundsätzlich für eine Einordnung der Kirchen in das Privatrecht sind, auf der Linie einer Weiterentwicklung des Bestehenden bei veränderten demographischen Verhältnissen. 1982 scheiterte im Kanton Zürich allerdings noch eine Vorlage, die weiteren „religiösen Gemeinschaften“ die staatliche Anerkennung verschafft und die Kirchen dazu befugt hätte, das Stimmrecht in ihrem Bereich selbst zu regeln und dieses

wie in anderen Kantonalkirchen auch ausländischen Staatsangehörigen zu erteilen.

Aufgrund parlamentarischer Vorstöße werden die Anerkennung weiterer „religiöser Gemeinschaften“ sowie das Ausländer- und Ausländerinnenstimm- und -wahlrecht wohl schon bald politisch angegangen werden. Weitere Entflechtungsvorschläge müssen von den Kirchen selber ausgehen, wenn sie dazu beitragen wollen, daß das Kirche-Staat-Verhältnis weiterentwickelt und in nicht ferner Zukunft doch noch abgebrochen wird. Mit dem Ausgang der Volksabstimmung ist der Weg für eine Weiterentwicklung jedenfalls frei. R. W.

Christen-Muslime: Dialog mit Hindernissen

Der Dialog zwischen Christentum und Islam hat mit erheblichen Problemen und Rückschlägen zu kämpfen, auch wenn sich die Lage in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich darstellt. Das ergab eine Fachtagung in Rom.

Die alle zwei Jahre stattfindenden „Journées Romaines“, die dieses Jahr zum 20. Mal in Rom veranstaltet wurden, bringen Fachleute, Pastoral- und Sozialarbeiter, die im christlich-islamischen Dialog tätig sind, aus vielen Ländern zusammen. In diesem Jahr kamen die fast 100 Teilnehmer aus 27 Ländern Nord-, Ost- und Westafrikas, aus dem Nahen Osten, aus Südostasien und Europa. Das Treffen dient in erster Linie der Bestandsaufnahme der Beziehungen zwischen Christen und Muslimen, zu dem die wichtigsten Dialog- und Studienzentren und kirchliche Gremien wie der Päpstliche Rat für den interreligiösen Dialog und Vertreter der Dialogabteilung im Ökumenischen Rat der Kirchen eingeladen sind.

Die Konferenz versteht sich aber auch als eine Studientagung, die eine bestimmte Thematik in den Beziehungen von Christen und Muslimen aufgreift, in diesem Jahr „Die Größe Gottes im christlich-islamischen Verständnis“.

Das Thema war gewählt worden, um auf der einen Seite die Christen und Muslimen gemeinsame Vorstellung von Gottes/Allahs Größe und Herrlichkeit herauszustellen und sie dann mit den Phänomenen der Gewalt und des Fanatismus bei Christen und Muslimen in Beziehung zu setzen.

Suche nach einer gemeinsamen Plattform

Metropolit Georges Khodr aus dem Libanon stellte aus der Sicht der griechisch-orthodoxen Tradition die Größe Gottes in den Zusammenhang mit seiner Demut, die sich in der Inkarnation und vor allem in der Passion Jesu Christi zeige. Der Beitrag zeichnete sich durch seinen hohen theologischen Gehalt aus, blieb aber doch weitgehend auf einer eher abstrakten Ebene. Praktische Bezüge zeigte er nur beim Thema Vollmacht (Potestas) auf, wo er die Berufung auf

Gottes Autorität in der westlichen Kirche, vor allem im Papsttum, als ungerechtfertigte Usurpation kritisierte. Ähnliche Spannungen machte Khodr im islamischen Verständnis der Größe Allahs (Allahu akhbar) aus: Auch dort gebe es die Versuchung, daß Menschen sich die Macht Gottes so zu eigen machten, daß sie im Namen Gottes Macht und manchmal auch Gewalt gegenüber Menschen gebrauchten.

Als Referent für das zweite Hauptreferat, das die Thematik aus islamischer Sicht behandeln sollte, war ursprünglich Professor *Nasr Abu Zaid* aus Kairo vorgesehen. In den letzten Wochen war Zaid jedoch wegen seiner – in den Augen traditioneller Muslime – zu radikalen Thesen zur Hermeneutik des Korans in heftige Auseinandersetzungen verwickelt worden, die damit endeten, daß er offiziell als Häretiker aus dem Islam ausgeschlossen wurde. Wegen der Gefährdung seines Lebens durch radikale Islamisten konnte Zaid nicht an der Tagung in Rom teilnehmen.

Aus islamischer Sicht behandelte daraufhin Professor *Aref Ali Nayed*, aus Libyen stammend, gegenwärtig als Professor am päpstlichen Institut für Islamwissenschaft (PISAI) in Rom tätig, das Thema: „Die Usurpierung von Gottes Größe“ durch Menschen, die sich Gottes Wort und Gottes Gericht zu eigen machen und darüber verfügen. Mit erfrischender Offenheit kritisierte Nayed eine, wie er es nannte, „simplizistische Hermeneutik“, die vergißt, daß Gottes Offenbarung zwar wahr und unfehlbar ist, ihre Rezeption durch den Menschen jedoch durch äußere Umstände und innere Motivation immer getrübt bleibt. Das Urteil und Verurteilen im Namen Gottes sei daher Ausdruck übergroßer Selbstgerechtigkeit und Anmaßung, auch wenn es im Gewand von Selbstverleugnung und Demut daherkomme. Dieses Phänomen lasse sich aber nicht nur in Kreisen beobachten, die gewöhnlich als Islamisten oder islamische Fundamentalisten bezeichnet werden, sondern es sei eine Versuchung, der auch

durchaus orthodoxe Vertreter im Islam, aber ähnlich auch im Christentum und Judentum immer wieder zum Opfer fielen.

Der Beitrag von Erzbischof *Gabriel Zubeir Wako* von Khartoum über „Macht und Gewalt im Namen Gottes“ brachte die Diskussion über Gottes Größe auf die Ebene der weitgehend häßlichen Realität des Verhältnisses zwischen Muslimen und Christen im Sudan. Mit Zubeir kam ein Praktiker zu Wort, der im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen mit der sudanesischen Militärregierung steht, die ziemlich rücksichtslos und gewaltsam eine Politik der Arabisierung und Islamisierung durchzusetzen versucht.

Die Aktionen der Regierung richteten sich zunächst gegen die *Animisten*, d. h. die Angehörigen der traditionellen afrikanischen Religionen im Süden, die als „Ungläubige“ mit allen Mitteln zur Annahme des Islams gezwungen werden. Doch die Christen sind ebenfalls Ziele der Islamisierung und fühlen sich zunehmend als Opfer einer ungerechten Kampagne und zum Widerstand aufgerufen. Dabei wird auf der einen Seite der Glaube der Christen gestärkt. Es kommt aber auch zu Loyalitätskonflikten, weil z. B. zwar Christen offizielle Ämter im Sudan bekleiden können, sie aber de facto gezwungen sind, Muslime zu werden, die den christlichen Namen nur zur Täuschung beibehalten. In diesem Kontext fällt es schwer, von Dialog mit dem Islam zu reden.

In der Diskussion wurde die zunächst eher abstrakte theologische Thematik der Größe Gottes immer stärker im Zusammenhang gebracht mit den vielen Situationen, in denen die Berufung auf göttliche Offenbarung und das Eintreten für Gottes Größe zum Vorwand wird, gegenüber anders denkenden und handelnden Menschen mit Gewalt und Unterdrückung vorzugehen. Angesichts der verbreiteten Resignation und Enttäuschung über die vielen gestörten Dialogsituationen zwischen Christen und Muslimen wurde nach einer gemeinsamen Plattform gesucht, um das Gespräch wieder aufzunehmen und gegen Widerstände

doch zu besseren Beziehungen zu kommen. Diese Grundlage sah man im gemeinsamen Menschsein, das Angehörige verschiedener Religionen und Volksgruppen dort, wo sie an der Basis gemeinsam sich den Schwierigkeiten des Lebens ausgesetzt sehen, dazu bringen sollte, sich zur Zusammenarbeit zu entschließen, um die Verhältnisse zu bessern.

Ein buntes und widersprüchliches Bild

Ein wesentlicher Bestandteil der „Journées Romaines“ sind die Berichte über die Situation der Beziehungen zwischen Christen und Muslimen in einzelnen Ländern. Die vielen Kurzreferate ergaben ein weitgefächertes, buntes und oft widersprüchliches Bild. Durchgehender Tenor im Vergleich mit den vorausgegangenen Tagungen war die Feststellung, daß der christlich-islamische Dialog gegenwärtig mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und daß allzu große Erwartungen, auf diesem Gebiet schnell voranzukommen, gedämpft worden sind. Die politischen Ereignisse in Ländern wie Algerien, Bosnien, Sudan, Nigeria oder den Philippinen haben deutlich gemacht, daß das multikulturelle und multireligiöse Zusammenleben gerade von Christen und Muslimen so problemlos nicht ist.

In *Malaysia* haben die verstärkten Bestrebungen, die Islamisierung des Landes voranzutreiben, dazu geführt, daß sich Christen, Hindus, Buddhisten, und Sikhs zu einer Vereinigung zusammengeschlossen haben, um der muslimischen Mehrheit gemeinsam gegenüberzutreten zu können. Die christlichen Kirchen verstehen den Dialog mit den Muslimen aber weiterhin als absolut notwendig, um auch in Zukunft innerhalb des malaysischen Staates eine Überlebenschance zu haben.

In *Pakistan* belastet die Auseinandersetzung um die Anti-Gotteslästerungsgesetze, die Beleidigungen des Ansehens des Korans und der Person des Propheten Mohammad unter Todes-

strafe stellen, die Beziehungen zwischen den Muslimen und den religiösen Minderheiten. Die Todesurteile gegen zwei katholische Christen im Februar 1995 wurden vom höchsten Gericht des Landes zwar aufgehoben, die beiden freigesprochenen Katholiken mußten aber doch zu ihrer eigenen Sicherheit das Land verlassen. Bestrebungen, die die Gotteslästerung betreffenden Zusätze aus dem pakistanischen Strafgesetz zu entfernen, sind bisher ohne Ergebnis geblieben. Ganz anders stellen sich die Beziehungen in *Indien* dar, wo die Muslime in Auseinandersetzungen mit den Hindus verwickelt sind, und die Christen bei kommunalistischen Streitigkeiten sich oft in der Position des Mittlers zwischen den streitenden Parteien vorfinden.

Während in *Westafrika* es in Staaten wie Senegal, der Elfenbeinküste und Mali durchaus Beispiele für ein friedliches Miteinander von Christen und Muslimen gibt, ist in *Ostafrika* das Verhältnis zwischen den beiden Religionen eher gespannt. In *Tanzania* läuft auf seiten der Muslime eine Kampagne mit dem Ziel, bis zum Jahr 2000 das Land muslimisch zu machen. Dabei wird der Islam als afrikanische Religion gegenüber dem westlichen Christentum herausgestellt. Die Teilnehmer aus *Algerien* berichteten eindrücklich von der gegenwärtigen schwierigen innenpolitischen Lage des Landes, die die kleine christliche Kirche noch stärker als bisher zur bloßen stillen Präsenz zwingt. Andererseits sind die Christen nicht die ersten Adressaten der Gewalt, die vielfältige wirtschaftliche, politische und soziologische Ursachen hat. Die Islamisten der Islamischen Front (FIS) und der militärischen Gruppe der GIA terrorisieren in erster Linie das eigene Volk und haben wenig Rückhalt in der Mehrheit der Bevölkerung.

Ganz anders ist die Lage in *Marokko*, einem Land, das in der Region gegenwärtig als politisch stabil erscheint. König Hassan II genießt national und international hohes Ansehen. Seine Abstammung aus der Familie des Propheten (sherif) sichert ihm gerade in

streng muslimischen Kreisen besondere Hochachtung. Auch wenn es immer wieder Kritik wegen Menschenrechtsverletzungen im Lande gegeben hat, wiegt international wohl stärker, daß Marokko in einer Reihe von Konflikten unter Arabern wie zwischen Juden und Arabern vermittelnd tätig gewesen ist. Seit dem kurzen Papstbesuch in Marokko mit der viel beachteten Ansprache Johannes Pauls II. an die Jugend vor genau zehn Jahren ist das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen entspannt und positiv. In *Tunesien* gibt es relativ gute christlich-islamische Kontakte unter Intellektuellen mit der „Groupe de Recherches Islamo-Chrétien (GRIC)“, die wichtige Grundlagenarbeit betreibt. Auch in *Ägypten* bestehen Studienkreise von christlichen und islamischen Intellektuellen.

Gespür für kommende Entwicklungen

Einen starken aktuellen Bezug hatte der Beitrag des Generalvikars von Sarajewo, *Mato Zovkić*, der über die Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina berichtete und den Versuch machte, im Blick auf die Zukunft Möglichkeiten des interreligiösen Zusammenlebens zwischen den beteiligten religiösen Gruppen auszumachen. Es war ein ernüchternder Bericht, der viele Fragen aufwarf und die ganze Problematik der Rolle der Religion in ethnischen Auseinandersetzungen deutlich machte. Eine interessante Initiative wurde aus *Frankreich* berichtet. Aus Anlaß der 900jährigen Wiederkehr des Aufrufs von Papst Urban II in Clermont 1095 zum Ersten Kreuzzug wird eine christlich-islamische Tagung am gleichen Ort mit dem Thema „Vom Konflikt zum Dialog“ abgehalten, in der das Problem der Kreuzzüge auf Ursachen, Verlauf und Bedeutung für heute untersucht werden soll.

Zwischen der „Konferenz europäischer Kirchen“ (KEK) und dem „Rat der Europäischen Bischofskonferenzen“ (CCCE) besteht eine gute Zusammenarbeit in der Frage des Verhältnisses zur wachsenden islamischen

Minderheit in Europa. So treffen sich Experten für Islamfragen bei den „Journées d'Arras“, die alle zwei Jahre abgehalten werden, um entsprechende Initiativen zu koordinieren. Die Umsetzung von Ergebnissen dieser Gremien in kirchliche Aktivitäten läßt allerdings zu wünschen übrig. So fehlt es immer noch an entsprechender Schulung für kirchliche Mitarbeiter in Fragen des Islams.

Angesprochen wurde mehrfach das Problem der *Gegenseitigkeit* in den Beziehungen zwischen Christen und Muslimen. Ägyptische Kopten stellten zusammen mit sudanesischen Christen die Frage: Wie kommt es, daß ihr im Westen die Tore immer weiter für den Islam öffnet, während wir in Ägypten und noch stärker im Sudan immer mehr unterdrückt werden? Das Thema wurde auch im Zusammenhang mit der im Juni neu eröffneten großen Moschee in Rom (vgl. HK, August 1995, 402) angesprochen. Kritisch wurde vermerkt, daß die vielen arabischen Botschafter, die diesem großen Ereignis beiwohnten, auf diesen in mehreren Ansprachen seitens christlicher Redner, u. a. in der Grußbotschaft des Papstes, angesprochene Punkt mit keinem Wort eingegangen seien.

Die „Journées Romaines“ sind ein wichtiges Forum, um einen Überblick über die immer bedeutsamer werden Beziehungen zwischen Christen und Muslimen zu gewinnen, sich über die vielfältigen Situationen zu informieren und ein Gespür für kommende Entwicklungen zu erhalten. Anders als Dialogtreffen, bei denen es direkt um das Gespräch zwischen Christen und Muslimen geht, helfen sie den christlichen Teilnehmern an diesem Dialog dabei, sich untereinander über dessen Implikationen, Aufgaben und Möglichkeiten klarzuwerden. Die aus den „Journées Romaines“ hervorgegangenen regionalen Treffen wie die für Nordafrika und dem Nahen Osten sowie die „Asian Days“ für Asien helfen, die Verbindung zwischen den verschiedenen Personen und Organisationen des christlich-islamischen Dialogs aufrecht zu erhalten. G. E.